

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Von der Sechser-Gemeinschaft zu weltweiten Aufgaben: Veränderte wirtschafts- und konjunkturpolitische Voraussetzungen

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1962) : Von der Sechser-Gemeinschaft zu weltweiten Aufgaben: Veränderte wirtschafts- und konjunkturpolitische Voraussetzungen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 42, Iss. 2, pp. 48-55

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133188>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Von der Sechser-Gemeinschaft zu weltweiten Aufgaben: veränderte wirtschafst- und konjunkturpolitische Voraussetzungen

Auf elastischen Wegen!

Spricht man mit deutschen Anwälten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, so stellen sie oft eine Art von missionarischer Verpflichtung zur sozialen Marktwirtschaft als Maßstab für den wirtschaftspolitischen Stil dieser west-mittel-europäischen Union auf. Einiges spricht auch dafür, den Wettbewerb als ein zentrales Motiv des Verhaltens im Gemeinsamen Markte anzusehen. Aber jeder, der sich nicht zum Sendboten des Unionsgedankens berufen fühlt, sieht, daß damit nur eine von vielen Triebfedern hervorgehoben wird, und zwar keineswegs die, nach der sich alle anderen ausrichten werden. Das Modell der sozialen Marktwirtschaft ist noch keine ausführungsfähige Idee, und die bei uns realisierte Mischform des wirtschafts- und finanzpolitischen Stiles als eine historische Zufälligkeit ist erst recht kein transferables Lehrstück. Wir tasten uns nicht viel anders als andere Industriestaaten an die Aufgabe heran, die Leitbilder Vollbeschäftigung, soziale Freiheit, technischer Fortschritt und Währungsstabilität miteinander zu vereinen.

Die Anziehungskraft der EWG

Trotz allem Unsicheren und Ungelösten ist die von Prof. Hallstein vorhergesehene und unbeirrt verteidigte Anziehungskraft der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft nicht länger zu bestreiten. Wer das noch tut, verkennt die Tragweite des Ausspruchs des französischen Landwirtschaftsministers Pisani, daß die Sechsergemeinschaft zur Entente verurteilt sei. Er verkennt ferner die vielen Assoziierungswünsche und, last not least, den Beitrittsantrag Großbritanniens — einen Antrag, der nach dem französischen Außenminister Couve de Murville bezweckt, Großbritannien an die EWG heranzuführen, nicht aber diese an das Inselreich.

Aber diese Dynamik hat keinen einhellig liberalen Grundzug, wenn man ihn im Sinne neoliberaler Doktrinen auffassen soll. Sie ist vielmehr geopolitischer Natur und wird halb gefühlsmäßig und sicherlich auch irrtumsbeladen von Unternehmern getragen.

Die Verheißung des größeren und deshalb arbeitsteiligeren Marktes, die Taktik des „Den-Fuß-in-die-Tür-Haltens“, die rückschlagsarmen hohen Wachstumsraten während der fünfziger Jahre und die rasche Ausweitung des innereuropäischen Handels spielen ebenso mit wie die Hoffnung, daß die „Vereinigten Staaten von Europa“ eine Renaissance der geschwächten Dritten Kraft zwischen Amerika und der Sowjetunion bewirken könnten. Aber die konservativ-ständischen Kräfte, der freiheitliche Sozialismus und das festungswirtschaftlich denkende Militär haben sich und ihre Ideale nicht aufgegeben oder einem dogmatischen Liberalismus ergeben.

Der politische Stil

Wie der politische Stil der Europäischen Gemeinschaften konkret einmal aussehen wird, ist letztlich unausgetragen. Selbstverständlich sind die Völker dieser Gemeinschaften in der Absicht angetreten, sich nicht vom Bolschewismus hinwegspülen zu lassen. Davon einmal abgesehen, will man zunächst zusammenwachsen. Dafür sucht man die am ehesten realisierbaren Stufen, mögen sie im einzelnen Falle mehr aus liberalen, mehr aus konservativen oder auch einmal mehr aus sozialistischen Elementen bestehen. Wir haben es mit dem Pragmatismus als der Richtschnur für heute und morgen zu tun, wissen ihn jedoch ausgerichtet auf das Ziel einer leistungsfähigen politischen Union freier Völker.

Man hat als Zollunion begonnen. Anfangs war diese Idee mit recht schutzzöllnerischen Vorstellungen vom Außenzoll bepackt. Außerdem war sie an viele Fußangeln des nationalen administrativen Protektionismus gelegt. Von diesen sind einige unterdessen entfernt worden — dank wachsender Einsicht, aber auch dank energischer Schritte der Exekutiven und Gerichtshöfe der Gemeinschaften. An vielen anderen zappelt die Idee aber immer noch. Die Hoffnung vieler auf den hohen Außenzoll mußte der politischen Lage geopfert werden. Die USA fordern es, und sie werden es durchsetzen — aber wohl nicht ohne eigene Gegenleistung in der gleichen Münze. Die handelspolitischen Absichten des Präsidenten Kennedy verheissen dies.

Die freihändlerische Note der freien Welt

Wenn die beiden großen Kraftzentren der freien Welt diesseits und jenseits des Atlantiks sich gegenseitig zu einer freihändlerischen Note für den Waren- und Dienstleistungsverkehr hindurchbringen, nimmt der ganze westliche Welt-handel diese Färbung an. Seine Absicherung gegenüber dem Staatshandel des Ostblocks wird dann zur gemeinsamen Aufgabe. Gleichzeitig verlieren die Blockpräferenzen an Bedeutung. Das kann einzelne Investitionspläne abschleifen, aber insgesamt steht es doch unter dem Signum des Segens der internationalen Arbeitsteilung. Deren Ausdehnung ist gewiß noch möglich und aus den primitiven Vorstellungen der wirtschaftsgeographischen Ergänzungsräume herauszuheben. Man muß die Initiative des einzelnen spielen lassen. Dann wird der Austausch von Spezialitäten, den die großen Industrienationen miteinander vollziehen, das einfache Ergänzungsgeschäft auf eine Nebenbahn abdrängen.

Aber mit der freihändlerischen Note des Gesamtstiles ergeben sich neue Probleme. Es war so denkbar, sich ein Zollumgürtetes Kerneuropa mit tropischen Präferenzzöllen vorzustellen. Dann brauchte man kaum mit Unbekannten zu rechnen; die unvermeidbaren Handelsverlagerungen hätten dem inneren Markt Auftrieb verschafft. Jedoch zu Lasten der draußen Gehaltenen! Dieser Weg ist nun verbaut — und zwar sowohl wegen der neuen amerikanischen und britischen Absichten als auch aus der Dynamik der ersten Übergangsstufe heraus, die man nicht ohne die Auflösungserscheinungen auf dem Glacis jenseits des Mittelmeeres sehen darf.

Politische und wirtschaftliche Elastizität im Zusammenspiel

Jetzt muß man die Vorstellungen verändern. Dabei ist es gut, daß mehrere Arten des Zusammenspiels nebeneinander bestehen, d. h. neben den europäischen Gemeinschaften vor allem die OECD, die Development Assistance Group und der Weltwährungsfonds. Gerade diese Organisationen müssen mit ins Spiel gebracht werden, auch wenn dadurch die Transparenz des Vorgangs des Zusammenwachsens nachläßt. Der Vollzug der ökonomisch-sozialen Kernverschmelzung im föderalistisch geordneten West-Mittel-Europa braucht nicht unter der Vielfalt der angelaufenen Prozesse zu leiden — weder im Zeitmaß noch in der Sache. Der Beitritt Großbritanniens, Dänemarks und Irlands ist nicht als Verwässerung der Wirtschaftsunion, sondern einfach als Erweiterung des Versuchsfeldes zu verstehen. Schon für die Lösung der Probleme des Commonwealth mit seinen Neueuropazonen auf der nördlichen und südlichen Erdhalbkugel, seinen afrikanisch-westindischen Rohstoffprovinzen und seinen südostasiatischen Industrialisierungszonen bietet sich nur die Fall-Methode an. Mit elastischem Rat muß man ferner den europäischen Neutralen begegnen, weil sie als Wirtschaftsprovinzen zu groß sind, um als ausgespartes Niemandsland angesehen zu werden, und auch wieder zu klein, um sich ohne jede Anlehnung halten zu können. Aber

ihre politische Situation muß respektiert werden. Daß sich das machen läßt, hat die Schweiz z. B. gegenüber den Instituten von Bretton Woods demonstriert. Sie ist zwar bisher der Weltbank nicht beigetreten, hat ihr aber ihren gepflegten Emissionsmarkt offengehalten. Elastizität ist auch gegenüber dem nordamerikanischen Kontinent notwendig. Er hat seine entwickelte pazifische Seite und seine starke Verflechtung mit Lateinamerika.

Elastizität im Denken ist nicht Grundsatzlosigkeit. Die Grundsätze kann man alle den Römischen Verträgen entnehmen; denn da folgen sie sich schon stufenweise, die

Artikel 2, 110 und 131: die Errichtung eines Gemeinsamen Marktes und die schrittweise Annäherung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten, die harmonische Entwicklung des Welthandels und die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der überseeischen Assoziierten. Aber auch wenn alle Interessierten sich diese Grundsätze zu eigen machen, so heißt das nicht, daß damit das Rezept für jede Frage des Zusammenlebens in der freien Welt gegeben ist. Nur die Klammer, die alles zusammenhält, besitzt man dann. Es ist der Wille, gemeinsam die Wohlstandsmehrung zu betreiben. (Hn)

Politische Integration noch nicht vorhanden!

Am Anfang der Integrationspläne Europas stand das Ende des zweiten Weltkrieges. Europa war ein vom Kriege zerstörter und zerrissener Kontinent, dessen Menschen wieder leben wollten. Sie packten an und bauten auf. Das konnten sie in dem einen Land — der Bundesrepublik — frei von allem Ballast, frei von Verpflichtungen tun. Andere Länder rüsteten auf und führten sogar Kriege, um, wie zum Beispiel Frankreich, überseeische Gebiete zu verteidigen. Wieder andere verloren ihre Kolonien und hatten mit inneren Schwierigkeiten in Form unterschiedlicher Entwicklungsstadien ihrer einzelnen Gebiete zu kämpfen — zum Beispiel Italien. All diese Länder wiederum unterschieden sich außerdem durch die wirtschaftspolitischen Grundsätze, von denen sie sich leiten ließen: Der pragmatische Sozialliberalismus der Bundesrepublik hebt sich zum Beispiel gegen das aus freiheitlicher Planung, sozialistischem Experiment und Marktwirtschaft gemischte System Frankreichs ab. Alle jedoch konnten im Wiederaufbau Triebkräfte freisetzen und in anhaltendes ökonomisches Wachstum umsetzen.

Verschiedene Ursprünge der Integration

Etwas ganz anderes stand gleichfalls am Anfang: der gemeinsame Horror vor der Unfreiheit der Kriegs- und Besatzungszeit; vor

Mangel, Reglementierung und Rationierung. Positiv ausgedrückt: die Sehnsucht nach materieller Fülle und Freizügigkeit. Hier war nun psychologisch der Boden bereitet, auf dem eine Saat aufgehen konnte, die als wissenschaftliches Gedankengut bereits vorher entwickelt worden war: Die Lehre von der Maximierung des Sozialprodukts durch vollständige Konkurrenz, in ihrer Wirkung vertieft durch die Aufhebung zwischenstaatlicher Barrieren in Gestalt von Zöllen und Kontingenten. Kein Wunder, daß in dem besonders schwer getroffenen Deutschland, und zwar in seinem westlichen Teil, diese Saat am nachhaltigsten Wurzel schlug.

Und eine dritte, wiederum von den beiden anderen unabhängige Gegebenheit stellte sich ein: Das Empfinden, im Osten von einer Übermacht bedroht zu sein. Es war ebenfalls Westdeutschland, wo dieses Gefühlsmoment am stärksten ins Bewußtsein trat. So wie Westdeutschland hatten aber auch die anderen europäischen Länder das Gefühl einer Gefahr. Nur war es bei ihnen zunächst nicht die UdSSR, die es erzeugte, sondern die Furcht vor einem womöglich wieder erstarkenden Deutschland. Bei allen aber wurde der Wunsch geweckt, sich anzulehnen.

Dazu kommt nun als weitere äquivalente Bedingung für gemeinsame europäische Vorhaben das

amerikanische Drängen auf Kooperation als Bedingung für die Aufbauhilfe des Marshallplans. Es führte zur Gründung der OEEC und der sehr wirksamen und von der wirtschaftlichen Gesundung der europäischen Länder nicht wegzudenkenden EZU.

Nehmen wir all diese Bedingungen, die den Rahmen für die europäische Entwicklung bildeten, Wiederaufbau und Wachstum, Liberalisierung, politische Interessen und Vorstellungen, zusammen, so können wir unschwer feststellen, daß der Wunsch nach politischer Einheit und nach Freizügigkeit sowie das Drängen auf wirtschaftliche Kooperation die stärksten Beweggründe für die einzelnen Integrationsvorhaben waren. Sie waren die auslösenden Bedingungen. Stärke und Gleichschritt des Wachstums hingegen dürfen wir als adäquate Voraussetzungen für das Funktionieren der Liberalisierung im menschlichen und sachlichen Bereich der Wirtschaft betrachten. Wie weit das wirtschaftliche Wachstum seinerseits Freizügigkeit voraussetzte, muß Spekulation bleiben. Wir müssen aber einräumen, daß, von einem bestimmten Entwicklungsgrad der Produktion und des Konsums an, administrative Hindernisse, wie überall, so auch an den Landesgrenzen den Fortschritt hemmen, daß sie für die Wirtschaft überflüssig und schädlich sind.

Bekennnis contra Realität

Vor diesem Hintergrund von Wachstumswirklichkeit, Freizügigkeitsstreben und politischem Wunsch entstanden nun OEEC, Montanunion, EWG und Euratom. Und hier muß sogleich gefragt werden: Haben sie uns dem erklärten Ziel, der politischen Integration, nähergebracht? Sind sie überhaupt geeignet, diesem Ziele zu dienen? Es wird uns fast ein Glaubensbekenntnis abgefordert. Damit jedoch, daß verlangt wird, man solle glauben, daß aus wirtschaftlichen Verschmelzungsprozessen die politische Vereinigung folge, daß sich auf der materiellen Grundlage gewissermaßen der geistige Aufbau von selbst errichte, damit wird wohl

die Befähigung zu marxistischer Bewußtseinsbildung bei vielen Nachdenklichen zu sehr strapaziert.

Was bieten die Vertragswerke aber an Realem? Die Montanunion wurde aus der Mentalität des Mangels, aber auch des Mißtrauens geboren. Der Dynamik aus Fülle und Wachstum ist sie kaum gewachsen.

Der EWG-Vertrag hingegen hat zwei ganz verschiedene Grundzüge: Er verpflichtet einmal zum Ausbau der Liberalisierung und hat auch die Landwirtschaft darin einbezogen. Es wird sich erweisen, wie weit die dem begrenzten Produktionsfaktor Boden verhafteten Wirtschaftszweige, eben in erster Linie die Landwirtschaft, aber auch der Bergbau, nach unternehmerischen Grundsätzen der „free-enterprise“-Philosophie betrieben und den entsprechenden Bedingungen ausgesetzt werden können. Hier jedenfalls, im Abbau der Hemmnisse und in der Vereinbarung gemeinsamer Ordnungen als Übergangsmaßnahmen, hat der Vertrag sehr viel handelspolitischen, weniger produktionspolitischen und kaum staatspolitischen Charakter.

Anders in den Teilen, die das konstruktive Gespräch als Dauer-einrichtung implizieren, die Verhandlungen nämlich über die Harmonisierung der Steuer- und Wettbewerbspolitik, und die die Kontaktgremien für die Währungs- und Konjunkturpolitik institutieren. Dieser Komplex hebt sich deutlich vom Liberalisierungs-werk ab. Dieses setzt Rahmenbedingungen für freie, auf individueller Initiative beruhende Prozesse. Jener hingegen provoziert die politische Aktion. Er legt den Grund für einen Teil der für die politische Integration nötigen Maßnahmen. Einen Teil nur, wohlbe-merkt! Und zwar den geringeren. Der gewichtigere Teil müßte in der Harmonisierung, ja allmählichen Verschmelzung der Außen- und der gesamten Finanzpolitik liegen. Ohne sie lassen sich die Steuer- und Währungspolitik kaum auf einen Nenner bringen und damit auch nicht die Konjunktur-politik.

Dieser Mangel läßt aber auch den „politischen“ Teil des Vertragswerkes in der Luft hängen. Und wer wollte sich demzufolge verhehlen, daß das Sechser-Europa auf dem besten Wege ist, nicht mehr und nicht weniger als ein gelungenes Liberalisierungsvorhaben zu sein; daß es aber mit dem unleugbaren Verfall der Christlichen Demokratie in Frankreich und Italien politisch in die Stagnationszone geraten, bestenfalls auf den Weg der klassischen Koalition verwiesen ist. Wohl haben sich in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich konservative Kräfte durchgesetzt. Von da aus könnten sich Ansätze zu Gemeinsamen bilden. Es ist jedoch noch alles offen.

Die Kunst des Möglichen

Die politische Integration Mittel- und Westeuropas wäre gut; denn diese Nationen sind füreinander geschaffen. Hier würden die Chancen für ein politisches Kraftfeld liegen, wenn das labile Italien nicht den machtpolitischen Durchschnitt nach unten korrigierte. Eine räumlich weitergehende politische Integration anzustreben, wäre utopisch. „Integration“ richtig verstanden: am Ende eine einheitliche politische Legislative und Exekutive mit aller Effizienz. Die auf größere Freizügigkeit gerichteten Teile des EWG-Vertrags werden dagegen helfen, die „Einzugsgebiete“, die jedes Mitgliedsland um seine Grenzen herum hat, zu erweitern und so die wirtschaftlichen Prozesse und Strukturen enger miteinander zu verquicken. Sie werden bewirken, daß die Menschen einander besser kennenlernen und so eine für eine politische Integration ebenso wertvolle Funktion erfüllen, wie die Beseitigung des Visumzwangs es tut. Sie halten außerdem viele Experten und Politiker im Gespräch. Auch das ist wertvoll.

Es soll nicht verkannt werden, daß gerade die Erweiterung der jeweils nationalen „Einzugsgebiete“ und die damit einhergehende Intensivierung des Handels eine Tendenz zur Angleichung von Kosten und Preisen auslöst. Das ist es auch, was die Befürworter

der Liberalisierung vor allem wünschen. Nur sind da die Zusammenhänge mit einer politischen Integration recht lose und nur mittelbar. Es wäre auch fast betrüblich, wenn Großeuropa mit seinem vielschichtigen kulturellen Gefüge und seinen hochentwickelten Lebensformen für sein Zusammenwachsen auf einen einheitlichen Butterpreis angewiesen wäre.

Einige Effekte der bisher erfolgten Integrationsveranstaltungen müssen zu denken geben und zeigen, wohin der Karren läuft: Die EWG hat bisher weniger Unternehmen aus ihren Mitgliedsländern zu Gründungen in einem anderen Mitgliedsland veranlaßt, als daß sie amerikanische Firmen auf den europäischen Kontinent gelockt hat. Und weiter: Was wäre aus der EWG geworden, wenn nicht Frankreich die innerwirtschaftliche Sanierung kräftig angepackt und sich zur Konvertibilität entschlossen hätte? Erst die Geschichte wird vielleicht einmal würdigen, was die Einführung der Konvertibilität und der fortschreitende Ausbau des freien Zahlungsverkehrs für die westlichen Industrienationen bedeutet haben. Doch wohl — tendenziell — folgendes:

1. Zwang zur monetären Disziplin, d. h. Verzicht auf Kreditkonditionen, die von den Weltmarktbedingungen losgelöst sind.
2. Daraus folgend Verzicht auf internationale monetäre Hilfeleistungen, die die produktivitätspolitischen Voraussetzungen des kreditnehmenden Landes übersteigen.
3. Daraus folgend Zwang für jedes einzelne Land, sich auf die eigene Leistungsfähigkeit zu verlassen und sich ihrer Grenzen bewußt zu werden.
4. Überwindung des monetären Regionalismus und Verzicht auf autonome Konjunkturpolitik.

Die logische Konsequenz

Von hier aus erklärt sich eigentlich alles Weitere: Daß gerade die entwickelten Industrienationen sich auf das stärkere Kraftfeld hinordnen müssen, wenn es ihnen nicht mehr gelingt, ein eigenes zu bilden. Das gilt vor allem für Großbritannien. Daß außerdem die Assoziierung unterentwickelter Länder und Gebiete den Charakter gutgemeinter Demonstration hat.

Denn Konvertibilität und Liberalisierung zwingen zu eigener Leistung, der aber von der menschlichen Qualifikation und der technischen Ausstattung her vielfach noch enge Grenzen gesetzt sind. Internationale Kreditaktionen würden unter diesen Voraussetzungen nur vorübergehend Nutzen bringen, auf die Dauer aber und gar als Institutionen eher Schaden anrichten. Konkret: Jedes Ungleichgewicht, das nicht aus eigener Kraft behoben werden kann, muß Gegenstand einer Entwicklungshilfe sein, über deren Form die Verantwortlichen im Hinblick auf die Effizienz noch viel gründlicher als bisher nachdenken müssen.

Die Entwicklung geht wirtschaftlich in die Richtung des atlantischen Großraums. Politische Interessen, weltweites Wachstum ohne klassische Konjunkturzyklen und, last not least, das, was wir den „Zeitgeist“ nennen, weisen diesen Weg. Die organisierte Liberalisierung in der EWG hilft ihn ebnen. Darin liegt ihr größter Wert.

Wenn der Blick nun immer mehr auf die atlantische als auf die europäische Wirtschaftsgemeinschaft gerichtet ist, so bedeutet das weder Verrat an alten Prinzipien noch ihre Verwässerung. Denn eine europäische politische Integration kann davon nicht be-

rührt werden; es gibt sie noch nicht und eine atlantische ist nicht möglich. Ein derartiger Großraum verbietet von selbst das Minimum an exekutivem und legislativem Zentralismus, das nun einmal nötig ist, um von einer politischen Einheit zu reden. Um so mehr bietet sich die Kooperation in mancherlei Beziehung an: finanzpolitisch, währungspolitisch, handelspolitisch und außenpolitisch. Ein Schritt in dieser Richtung war das Stützungsabkommen für den Internationalen Währungsfonds, das aber nach dem eben über den internationalen Kredit Gesagten nicht überschätzt werden sollte.

In allen westlichen Industrieländern gelten die gleichen wirtschaftspolitischen Prinzipien: Vollbeschäftigung, freies Unternehmertum, soziale Stabilität. Auch befinden sie sich alle — mit wechselnden „Frequenzen“ — im Sog eines früher nie gekannten Wachstums. Ziel ist, dieses Wachstum durch wirtschaftspolitische Kooperation in den zwangsläufig weiterhin vorwiegend nationalen Wirtschaftsräumen zu harmonisieren und auf diese Weise deren Stabilität zu gewährleisten. Eine zügige Liberalisierung des Handels- und Zahlungsverkehrs sowie die Freizügigkeit der Arbeitskräfte und Unternehmen sind dafür Voraussetzung und Maßstab des Erfolgs. (WB)

Schwaches Fundament für gemeinsame Konjunkturpolitik

Konjunkturpolitik ist auch heute noch „national“. Das gilt im allgemeinen im Hinblick auf ihre Zielsetzungen und stets im Hinblick auf ihr Zustandekommen; die Willensbildung ist nach wie vor einzelstaatlich. Dies trifft selbst für den EWG-Raum zu, trotz Artikel 103 des EWG-Vertrages, nach dem „die Mitgliedstaaten ... ihre Konjunkturpolitik als eine Angelegenheit von gemeinsamem Interesse“ betrachten. Dieser Passus des Vertrages ist bisher nicht mehr als eine Deklaration, die erst in Ansätzen (so z. B. die Fragebogenaktion Marjolins) zu konkreten Schritten geführt hat. Doch gerade nach dem Eintreten des Gemein-

samen Marktes in die zweite Phase, die den Übergang von der Zoll- zur Wirtschaftsunion bringen wird, kann es nur noch eine Frage relativ kurzer Zeit sein, bis es zu einer engeren Zusammenarbeit in der Konjunkturpolitik kommen wird.

Nach dieser kurzen, für den Augenblick noch nicht sehr ermutigenden Bestandsaufnahme mag es müßig erscheinen, Überlegungen über Probleme der Konjunkturpolitik in einem vergrößerten EWG-Raum anzustellen. Doch das Gegenteil ist der Fall. Gerade weil eine gemeinsame Konjunkturpolitik der EWG-Länder in Sicht ist, muß mit Vorrang die Frage geklärt

werden, ob sich durch den Beitritt weiterer Länder — etwa der EFTA-Staaten und gar der USA und Kanadas — in dieser Hinsicht grundsätzlich neue Probleme ergeben.

Politische Einigung ausgesprochenes Fernziel der EWG

Um die Antwort vorwegzunehmen: grundsätzlich neue institutionelle Probleme für eine gemeinsame Konjunkturpolitik entstehen hier in demselben Maße wie Probleme für eine gemeinsame — über bloße Außenhandelspolitik hinausgehende — Politik überhaupt. Man muß dies ohne alle Illusionen sehen. Bisher ging es um sechs Länder, die sich — bei aller Unterschiedlichkeit im einzelnen — auf ein großes Gleichmaß der Interessen stützen können und die sich auf ein Integrationsprogramm geeinigt haben, dessen klar ausgesprochenes Fernziel die politische Einigung ist. Zweifellos lassen sich unter solchen Voraussetzungen mit der Zeit jene Souveränitätsverzicht erreichen, die die unentbehrliche Grundlage gemeinsamen politischen Handelns sind. Diese Basis muß durch den Beitritt weiterer Länder nicht notwendigerweise enger werden, doch es scheint so, als werde sie es.

Gemeinsame Konjunkturpolitik ohne supranationale Bindung

Zu einer engeren Zusammenarbeit der heutigen EWG-Länder und hinzukommender Vollmitglieder mit anderen Ländern auf konjunkturpolitischem Gebiet bestünde auch ohne das Zustandekommen eines größeren, etwa „atlantischen“ Präferenzraums aller Grund. Die institutionellen Möglichkeiten dürften so nicht einmal geringer sein, denn auch in einer Art „Atlantischer Freihandelszone“ wäre im Zweifel nur mit einem Minimum an „supranationaler“ Einwirkungsmöglichkeit zu rechnen. Man kann also davon ausgehen, daß gemeinsame Konjunkturpolitik in einem über den EWG-Kern hinaus beträchtlich (also nicht nur um Großbritannien) erweiterten Raum wirtschaftlicher Zusammenarbeit unter der institutionellen Voraussetzung einer fehlenden Zentralge-

walt durchgeführt werden müßte, was zweifellos ein schweres Handicap wäre.

Der Sog, der von dem überzeugenden Gedeihen der EWG auf andere europäische Länder ausgeht, erweist sich mehr und mehr als eine zwiespältige Sache. Zwar soll es das ganze (West-) Europa sein, aber es soll auch die ganze Integration sein! Es mehren sich die Stimmen, die die Gefahr einer Verwässerung des Integrationsgedankens beschwören und deren Warnungen im Grunde auf die Formel „lieber sechs oder sieben Volkswirtschaften integriert als zwölf bloß zu einem Präferenzraum verbunden“ hinauslaufen.

Noch deutlicher wird die Tendenz zur Verwässerung, wenn von der „Atlantischen Gemeinschaft“, der Einbeziehung Nordamerikas, die Rede ist. Man verkennt den Charakter der EWG, deren Ziel zutiefst politisch ist, wenn man aus ihr einen Handelsklub machen will. Das Rezept wird vielmehr heißen müssen: zur EWG nur, wer ihre Zielsetzung voll und ganz bejaht, mit den übrigen Ländern aber eine liberale Handelspolitik treiben. Die Dillon-Runde kann dabei als Muster dienen.

Einigkeit über Ziele und Mittel

Gemeinsame Konjunkturpolitik setzt — von den institutionellen Vorbedingungen abgesehen — Einigkeit über die Ziele und Mittel voraus. Die EWG-Länder haben in Art. 104 des Vertrages ihre wirtschaftspolitischen Ziele programmatisch verkündet: Wahrung eines hohen Beschäftigungsstandes, eines stabilen Preisniveaus und Sicherung des Zahlungsbilanzgleichgewichts. Schon unter den EWG-Ländern dürfte es in dem (durchaus realistischen) Falle von Konflikten dieser drei Zielsetzungen zu Meinungsverschiedenheiten darüber kommen, welchem Ziel der Vorrang gebührt. Je weiter der Kreis der zusammenarbeitenden Länder ausgedehnt wird, desto größer werden die Konfliktmöglichkeiten. Doch davon abgesehen: schon mit dem Beitritt Großbritanniens kommt eine konjunkturpolitisch wirklich problematischer „Fall“ in den Kreis hinein,

bei dem es selbst dann zu Kontrollversen über die Wahl der einzusetzenden Mittel kommen wird, wenn man sich über die Ziele einig ist.

Ausgleich von Unterschieden

Eine konjunkturpolitische Zusammenarbeit, an der sich möglichst alle wichtigeren Industrieländer diesseits und jenseits des Atlantik beteiligen, erlaubt zwar die kooperative Inangriffnahme der drängenden Probleme der westlichen Weltwirtschaft, wie der internationalen Währungsfrage und der Wachstumsmisere Großbritanniens und der USA. Doch damit türmen sich immer neue Schwierigkeiten in der Wahl der Mittel auf. Um nur einige Beispiele zu nennen: sollen die übrigen Partner dann auf Grund einer gesteigerten Loyalitätsverpflichtung den „fußkranken“ Leitwährungen £ und \$ durch Bereitstellung von immer mehr internationaler Liquidität helfen? Sollen sie statt dessen oder daneben den USA Lasten der Entwicklungshilfe und der Stationierungsausgaben abnehmen — oder dürfen sie auch auf die Möglichkeit zur Reduzierung der amerikanischen privaten Investitionen in Westeuropa aufmerksam machen? Sollen sie Großbritannien den „Sprung ins kalte Wasser“, den expansiven Ausweg aus seinen Zahlungsbilanzschwierigkeiten, empfehlen oder den Weg der Restriktion? Gemeinsame Konjunkturpolitik heißt in der Praxis sehr oft Ausgleich von Unterschieden. Das bedingt meistens Empfehlungen an die Betroffenen, die ihnen nicht angenehm sind. So wird die Mittelwahl häufig nicht zum wissenschaftlich-technischen, sondern zum politisch-psychologischen Problem.

Sich von der erweiterten wirtschaftlichen Zusammenarbeit eine gewissermaßen automatisch erfolgende bessere Abstimmung (das heißt nicht Angleichung!) der Konjunkturpolitik zu versprechen, wäre ebenso verfehlt wie die Vorstellung, mit der Einführung von Gemeineigentum werde das Problem der Wirtschaftslenkung gelöst. Die Sterilität, die die EWG in dieser Beziehung bisher bewiesen hat, zeigt

VEREINSBANK IN HAMBURG

ÄLTESTE HAMBURGER GIROBANK

ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20-30, TELEFON 361 061
32 FILIALEN UND ZWEIGSTELLEN IN GROSS-HAMBURG, CUXHAVEN UND KIEL

das deutlich genug. Die einigermaßen parallelen Vorstellungen über die Zielsetzung sind wirklich so ziemlich alles, was in die Neugründung eingebracht würde. Hin-

sichtlich aller institutionellen Voraussetzungen und sogar der anzuwendenden Methoden bedarf es hingegen erst grundlegender Vorarbeiten. (H.J.S.)

Konjunkturelle Praxis ist elastisch

Dies gilt im wesentlichen auch für die Spaltung in EWG und EFTA. Wenn überhaupt unerwünschte Handelsverlagerungen mit konjunkturellen Nebenerscheinungen bei dritten Ländern eingetreten sind, so nur infolge der unglücklichen Konstruktion der EFTA.

Die EWG in der Konjunkturpolitik der westlichen Welt

Die bisherigen Bemühungen um eine gemeinsame Konjunkturpolitik der EWG-Staaten haben über programmatische Gesichtspunkte, wie sie in Art. 103 des Vertrages festgelegt sind, und über die Bildung eines konjunkturpolitischen Ausschusses bei der EWG noch nicht viel hinausgeführt. Es wäre auch schwer zu sagen, was an konkreten Maßnahmen, von der ohnehin bestehenden Zusammenarbeit der Notenbanken und im Währungsausschuß der EWG abgesehen, hätte geschehen können.

Weder die Investitionen noch der Außenhandel, weder Preise noch Löhne, weder Einkommen noch Verbrauch können bei dem Prinzip der Marktwirtschaft international, auch nicht in der ohnehin noch in ihrem Anfangsstadium befindlichen Wirtschaftsgemeinschaft, konjunkturpolitisch gesteuert werden in dem Sinne, daß bestimmte konjunkturpolitische Maßnahmen zur Erzielung bestimmter Wirkungen in korrespondierender Zusammenarbeit von den Mitgliedern der Gemeinschaft ergriffen würden.

Das einzige, was man bisher praktiziert hat, ist eine internationale Hilfe im Ausgleich der Zahlungsbilanzen. Insofern nimmt die Gemeinschaft bisher in der Weltkonjunktur keine andere Stellung ein, als die Summe der sechs ihr angehörenden Länder, die auch ohne die Institution der EWG unter außenwirtschaftlichen Aspek-

ten konjunkturpolitisch handeln würden und die schon vorher in der OEEC auf diesem Gebiet fast enger zusammengearbeitet haben als jetzt.

Weltkonjunkturelle Ausstrahlungen: Zölle

Welche übergeordnete Ausstrahlung der EWG auf die Weltkonjunktur wäre überhaupt denkbar? Sie könnte primär von den Veränderungen der Zölle ausgehen. Ohne Zweifel hat die Differenzierung zwischen Binnenzöllen und Außenzöllen schon zu einer Intensivierung des Güterausstausches innerhalb der EWG-Staaten geführt; das Wachstum des EWG-Binnenhandels war größer als die Zunahme des Außenhandels mit dritten Ländern.

Aber das ist im Grunde ja eine strukturelle Wirkung der Integration, und man kann bei dem allgemeinen Wachstum der Wirtschaft der EWG-Staaten nicht sagen, daß dritte Länder darunter gelitten hätten. Ohne diesen Integrations-effekt wäre das Wachstum in der einfachen Summe der EWG-Staaten bestimmt geringer gewesen und damit auch die positive Wirkung auf die übrige Welt.

Man kann bisher auch keine sektoralen oder regionalen Wirkungen der Gemeinschaft feststellen, die über den Umfang normaler struktureller oder konjunktureller Vorgänge hinausgingen.

Hier ist es besonders das Ursprungszeugnis, das viel mehr un-natürlich verzerrend wirkt als alles andere. Das liegt an der 50%-Klausel für Bezüge aus den EFTA-Ländern bzw. an der Rohstoffklausel als Berechnungsmodus für die Anerkennung des Außenhandels zu den reduzierten Binnenzöllen der EFTA-Länder. Der indirekte Zwang, die 50% zu erreichen und damit auch ökonomisch unzweckmäßige Bezüge aus den EFTA-Ländern zu machen, ist eine schlimmere Diskriminierung als jede Auswirkung der EWG. Man sehe sich nur einmal an, welche Umwege beschritten werden müßten, um in der Schweiz oder in Österreich einen Original-EFTA-Büstenhalter zu produzieren.

Glücklicherweise ist die Wirtschaft flexibel genug, um die Hemmnisse des Ursprungszeugnisses bisher zu ignorieren oder zu umgehen. Man hat die Unzweckmäßigkeit dieses Ursprungszeugnisses bei der Gründung der EFTA bewußt bagatellisiert. Man hatte sich „schneller als erwartet“ darüber geeinigt, und die Praxis soll weniger kompliziert sein als befürchtet. Das liegt aber nicht am Ursprungszeugnis, sondern an der Praxis. Immerhin sind später der Wirklichkeit mehr entsprechende Äußerungen über die Schwierigkeiten einer korrekten Handhabung, ohne die es doch auf die Dauer nicht geht, laut geworden.

Was nun die Binnenkonjunktur der EWG-Staaten betrifft, so ist es eine Wirkung der Integration, daß die wirtschaftliche Interdependenz sich hier allmählich stärker auswirkt als vorher. Ganz von selbst wird der konjunkturelle Gleichlauf der EWG-Staaten stärker. Dies gilt für den allgemeinen Konjunkturverlauf; Branchenkonjunktoren werden jetzt und auch für die nächste Zeit von Land zu Land noch stärkere Unterschiede zeigen, bis sie sich nach Erreichen einer vollen Integration ebenfalls einander angleichen. Es wäre ein großer Irrtum, wenn man Strukturwandlungen, die sich aus der Integration ergeben, mit konjunkturellen Vorgängen verwechseln und gar konjunkturpolitisch „bekämpfen“ würde. Dies würde bedeuten, einem wachsenden Kind in therapeutischer Absicht Mittel zur Verhinderung von auftretenden Wachstumsungleichheiten zu verabreichen.

Zusammenarbeit in der monetären Konjunkturpolitik

Es wird also vorerst dabei bleiben müssen, die Konjunktur jedes einzelnen Landes mit den bisher üblichen Mitteln zu steuern, wie auch in Art. 103 vorgesehen, und wir wissen ja, wie wenig dies — von der monetären Konjunkturpolitik abgesehen — überhaupt möglich ist. Dies bedeutet, daß in erster Linie die Notenbanken der EWG-Länder möglichst noch enger als bisher zusammenarbeiten müssen, gleichgültig, wie man die Aufgaben der Notenbanken definiert. Sie sitzen jedenfalls an den Schaltebelen der Konjunktur. Entscheidend ist, daß die Preise und die „Preisniveaus“ in der Gemeinschaft in Tuchfühlung bleiben, als ob sie ein einziges Währungsgebiet darstelle.

Diese Aufgabe ist von so übertragender Bedeutung, daß alles andere dahinter zurücktritt. Insofern war die Aufwertung der DM und des holländischen Gulden ein Schlag gegen die europäische Integration der Sechs. Ich habe vor der Aufwertung der DM in den USA bei namhaften Fachleuten der Praxis und der Wissenschaft auf diesen Punkt hingewiesen, ohne dafür das richtige Verständnis zu

finden. Ich erwähne dies nur, um zu zeigen, wie wenig man in einem der EWG wohlgesinnten Land von dem wirklichen Wesen der Integration Kenntnis nahm. Eine Integration kann nicht funktionieren, wenn die Teilnehmer währungspolitisch auseinanderlaufen.

EWG als Ausgleichsfaktor

Wir kommen nun zu der Frage nach der Stellung der EWG in der westlichen Welt. In dieser Hinsicht zeichnet sich die EWG vor allem als Ausgleichsfaktor ab. Die Konjunktoren der sechs Länder gleichen sich einander an; sie schwingen in der Weltkonjunktur gleichmäßiger als bisher mit. Es ist so, als wenn man sechs einzelne Balken zu einem in sich etwas beweglichen Floß zusammenbindet. Dieses Floß schaukelt als Ganzes auf den Wellen, aber es glättet zugleich die Wogen. Andererseits könnte dieses Floß auch mehr Unheil anrichten als sechs einzelne Balken, nämlich dann, wenn es im Rahmen der Weltkonjunktur falsch gesteuert würde. Daß man aber mit der EWG einen weltwirtschaftlichen Störungsherd erzeugt oder entstehen läßt, liegt außerhalb aller Wahrscheinlichkeit.

Dafür beherrschen wir das konjunkturpolitische Instrumentarium heute gut genug, und es gibt keinen Politiker, der sich aus rein politischen Gesichtspunkten über die konjunkturwirtschaftlichen Aufgaben hinwegsetzen könnte. Die wissenschaftlich orientierte Wirtschaftspolitik ist so sehr zu einem immanenten Bestandteil der Politik geworden, daß kaum noch ein ökonomisch irrationaler politischer Seitensprung möglich wäre. Denn die wirtschaftliche Integration ist, wie häufig betont, ein Bestandteil der Politik selbst.

Konzentrische Ringe . . .

Wir sehen also konzentrische Ringe vor uns. Das Wichtigste ist und bleibt die auf Wachstum und Stabilität gerichtete Konjunkturpolitik der einzelnen Staaten. Diese Politik vollzieht sich aber nicht mehr im luftleeren Raum oder gar nach dem Prinzip des „rette sich, wer kann“, wie etwa 1931. Gegen-

seitige Rücksichtnahme ist heute selbstverständlich. Wirtschaftspolitische Maßnahmen dürfen anderen Ländern nicht schaden.

Es liegt freilich nahe, daß die Sechs sich leichter aufeinander abstimmen als eine noch weniger integrierte Vielzahl. Von da ist es nur ein kleiner Schritt zur Ausweitung auf die 20 Mitglieder der OECD. Dieser Schritt ist deshalb nicht groß, weil sich die konjunkturpolitische Zusammenarbeit hier wie dort nur auf Unterrichtung, Auswertung der Ergebnisse und Empfehlungen beschränken kann. Das westliche Europa ist heute — mit oder ohne EWG — wirtschafts- und konjunkturpolitisch aufeinander angewiesen.

Den äußeren Ring bildet das Verhältnis Europas zu den USA und zu der übrigen freien Welt. Die USA können bei der Größe ihres Territoriums weniger als jeder andere Staat auf eine eigene Wirtschaftspolitik verzichten, immerhin treten dabei mehr und mehr weltwirtschaftliche Gesichtspunkte in den Vordergrund, wie z. B. in der neuen Linie der Handelspolitik, in der Neuorientierung der Entwicklungshilfe, in der neueren Auffassung zur Währungspolitik der USA. Bei dem gegenwärtigen Stand der Konjunkturforschung erscheint es möglich und notwendig, die westeuropäische Konjunkturbeobachtung über die vorhandenen Ansätze hinaus straffer zusammenzufassen und mit derjenigen in den USA zu koordinieren. Organisatorisch bietet sich hierfür die OECD an. In diesem Rahmen können ohne weiteres die konjunkturellen Probleme auch zu den übrigen Ländern, insbesondere zu den Entwicklungsländern, behandelt werden. Als besonders wichtig erscheinen hier die Koordinierung der Entwicklungshilfe und die Sicherung der Weltmarktpreise für die Produkte der Entwicklungsländer.

Wenn man mit den Füßen auf der Erde bleiben will, wird es zweckmäßig sein, die Dinge von den bestehenden Institutionen aus weiterzuentwickeln. Es wäre ein Fehlschlag, wollte man einen Atlantischen oder einen Weltkon-

junkturrat bilden, der genauso ohnmächtig wäre wie die früheren Weltwirtschaftskonferenzen. Nicht zu übersehen ist ja auch, daß alle in Betracht kommenden Länder heute unter dem Dach des Internationalen Währungsfonds wohnen.

Bis zu einer wissenschaftlich orientierten Koordinierung der Konjunkturpolitik in der westlichen Welt ist noch ein weiter Weg, aber die Zeit einer atomistischen Konjunkturpolitik, eines ungeordneten Neben- und Gegenein-

ander, ist in der freien Welt endgültig vorbei. Der Weg zu einer immer engeren und verständnisvollen Zusammenarbeit ist nunmehr vorgezeichnet, und es ist so gut wie unmöglich, ihn nicht zu beschreiten. (A.J.)

Von einem Korrespondenten

Die Ausdehnung der EWG im Urteil der Welt

Ob man sich in diesen Wochen mit Vertretern der Kennedy-Regierung, mit Bankiers aus Wall Street oder Industriellen aus Pittsburgh unterhält, ob man in den Wandelgängen der UNO mit Europäern, Amerikanern, Afrikanern oder Asiaten spricht, der Verlauf des Gesprächs ähnelt sich auffallend: Sobald man festgestellt hat, daß es „im Kalten Krieg nichts Neues“ gäbe, wendet sich das Interesse des Partners der Meinung des Deutschen über die Entwicklung der EWG zu.

Es ist nicht leicht, den Fragestellern Rede und Antwort zu stehen, weil sie oft herzlich wenig von der Problematik des Gemeinsamen Marktes wissen; es ist noch schwieriger, von den Fragestellern ihre Meinung über die weitere Entwicklung und Ausdehnung der EWG zu erfahren. Teils fehlt es an Kenntnissen des Sachverhalts, teils fließen Vorurteile, fließen begründete wie unbegründete Ängste vor Wandlungen der Zukunft in die geäußerten Meinungen ein.

Immerhin zeichnen sich jetzt einige erste grundlegendere Kommentare zur nächsten Phase der EWG ab, die einerseits durch die Überwindung der Agrarhürde und die dadurch möglich gewordene zweite Phase der Rom-Verträge, andererseits durch den erwarteten Beitritt Großbritanniens und anderer EFTA-Länder sowie die von Präsident Kennedy aktiv betriebene Anpassung der amerikanischen Handelspolitik an die neue europäische Entwicklung ausgelöst und geprägt sind.

Reaktion der Agrarproduzenten

Betrachten wir zunächst die Reaktionen auf die Einbeziehung der Landwirtschaft in die EWG-Regelungen. Verständlicherweise sind die Weizenproduzenten in den USA und Kanada, die Viehzüchter in Lateinamerika, die Meiereibesitzer in Neuseeland und Australien und viele andere um ihren Absatz in Europa besorgt. Man befürchtet, daß die seit Jahrzehnten überfällige Rationalisierung der europäischen Landwirtschaft nunmehr in großen Sprüngen vorangehen wird. Man kennt z. B. die „Musterfarm Dänemark“ und glaubt, daß ihr Vorbild nach dem dänischen Beitritt zur EWG Schule machen wird. Man hat von den erfolgreichen Anstrengungen der französischen Landwirtschaft gehört und sieht im Geiste bereits riesige wogende Getreidefelder amerikanischen Ausmaßes

oder, wenn man etwas mehr über die französische Modernisierung weiß, steil in die Höhe schnellende Ertragsziffern je Hektar vor sich. Man denkt an die gewaltigen Möglichkeiten Deutschlands zur Produktion künstlicher Düngemittel wie auch landwirtschaftlicher Maschinen und leitet daraus sowohl eine Verjüngung des europäischen Bodens wie auch eine Bodenreform auf dem Wege über die Mechanisierung der Landwirtschaft als Zukunftsmöglichkeiten ab.

Kein Zweifel, ganz besonders Nordamerika, aber auch andere Agrarexportländer sehen ihre Chancen, vor allem in Großbritannien wegen größerer Käufe aus Europa, in zweiter Linie auch auf dem Kontinent wegen verbesserter Produktivität der Landwirtschaft, stark schrumpfen. Allerdings hört man auch beruhigende Äußerungen anderer Art. Einmal wissen gerade Kenner der europäischen Landwirtschaft, daß die Bäume dort nicht in den Himmel wachsen, daß die Reformen bestimmt nicht übers Jahr, ja wohl kaum übers Jahrzehnt so weit voranschreiten werden, um die überseeischen Lieferanten beim Absatz sowohl im Rahmen des bisherigen Verbrauchs als auch im Rahmen des mit wachsendem Wohlstand steigenden Verbrauchs zu schädigen. Gewiß wird sich der Markt verändern, wird beispielsweise mehr Knäckebrot als Konsumbrot gebacken werden, und was der Marktverlagerungen mehr sind.

Doch die große Beruhigung, die der Getreidewirtschaft Nordamerikas langsam einleuchtet, ist die für sie günstige Verlagerung des Getreideverbrauchs in die Länder mit rapider „Bevölkerungs-Explosion“. Es wird nicht immer leicht sein, Weizenlieferungen nach Indien oder nach China zu finanzieren — aber, wie die kanadischen Weizenlieferungen nach China zeigen, wenn der Hunger heftig genug ist, dann finden sogar totalitäre Regime Dollars für Weizenkäufe. Diese beiden Erwägungen werden noch ergänzt durch die Hoffnung auf eine verständnisvolle Wirtschaftspolitik des höchstwahrscheinlich weiter an Prosperität gewinnenden europäischen Blocks.

Lateinamerika fürchtet für Agrarpreise

Wie notwendig eine weltweite Wirtschaftspolitik sein wird, je intensiver die EWG ihren Mitgliedern Erfolge bringt, geht aus manchen sorgenvollen Anmerkungen der Lateinamerikaner hervor. Dort macht man